



Protokollauszug

aus der
32. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 06.12.2006

öffentlich

**Top 11 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Auf-
gaben nach dem Zwölften Sozialgesetzbuch (SGB XII)
06/SVV/1016
ungeändert beschlossen**

Die Vorlage wird von der Beigeordneten für Soziales, Jugend, Gesundheit, Ordnung und Umweltschutz Frau E. Müller eingebracht.

Von der Stadtverordneten Schulze wird namens der Fraktion DIE LINKE. PDS darauf hingewiesen, dass die in der Begründung aufgeführten Punkte V und VI der Vorlage als Anlage fehlen.

Hinsichtlich der Nachfragen der Stadtverordneten Schulze (Veränderung des Finanzierungsanteiles, wenn ein Landkreis der Vereinbarung nicht beitrifft bzw. neu hinzukommt; welche Kommunen diesem Vertragsentwurf bereits ihre Zustimmung oder Ablehnung gegeben haben) stellt Frau E. Müller fest, dass die Anlage 6 versehentlich nicht mit ausgereicht worden sei und sie dies nachholen werde.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

**Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Landeshauptstadt Potsdam als mandatie-
rende kreisfreie Stadt mit dem Landkreis Spree-Neiße als Mandatsträger eine öffentlich-
rechtliche Vereinbarung zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben nach dem Sozi-
algesetzbuch – Zwölftes Buch (SGB XII) gemäß Anlage 1 dieser Vorlage abzuschließen.**

**Der Auftrag gilt unabhängig davon, ob die Stadtverordnetenversammlungen bzw. Kreis-
tage aller als mandatierende vorgesehene Körperschaften entsprechende Beschlüsse fas-
sen.**

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen,
bei zahlreichen Stimmenthaltungen.